Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 RM. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 RM., bei Postbestellgebühr. Einzelnummern 10 Rpfg. Alle Postanstalten, Postboten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 8gespaltene Nonpareillezeile 20 Rpfg., die 4gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennig, die 3gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 1 Reichsmark. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 37 — 90. Jahrgang | Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" | Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2640 | Freitag, den 13. Februar 1931

Gerade wie bei uns.

Durch die lange, lange Gräberreihe in der Westminsterabtei, unweit des englischen Parlamentsgebäudes, dort, wo England seit ein paar hundert Jahren seine großen Staatsmänner und Kriegshelden beizusetzen pflegt, mag ein Zittern gelaufen sein, als des Weltreiches Schatzkanzler dem stumm zuhörenden Unterhause zurief: „Ich erkläre mit dem allergrößten Nachdruck, daß die finanzielle Lage unseres Landes sehr ernst ist." Und weiter: „Durchgreifende und unangenehme Maßnahmen sind nötig, wenn wir das Gleichgewicht des Reichshaushalts aufrechterhalten wollen." Vielleicht sind solche Worte noch niemals, selbst nicht in den ernsten Stunden des Weltkrieges, die auch England nicht erspart blieben, vor den Ohren der Mitglieder des englischen Parlaments gesprochen worden. Und damit vor den Ohren der Welt.

Nach dem Dichter Horaz ist es ja ein Trost, Genossen im Unglück zu haben. Und so ist es für uns Deutsche ein, freilich etwas kümmerlicher, Trost, daß das Land, das aus wirtschaftlichen Gründen gegen uns den Weltkrieg aufbrennen ließ und sich daran die Hände wärmen wollte, nun auch in finanziell „ernster Lage" ist und daß das damals 1914 bei Kriegsausbruch gefallene Wort „business as usual", „das Geschäft bleibt das gewohnte", heute vor englischen Ohren wie ein Märchen aus uralten Zeiten klingt. Jenseits des Kanals wie diesseits heißt das Unglück: Arbeitslosigkeit infolge der Wirtschaftskrise, und drüben ist die Zahl der Erwerbslosen mit 2,5 Millionen verhältnismäßig nicht viel geringer als bei uns. Außerdem steht England heute in schweren lohnpolitischen Kämpfen, sind 600 000 Textilarbeiter teils im Streik, teils ausgesperrt und in der Kohlenindustrie kriselt es ununterbrochen, wurde der Ausbruch eines neuen großen Streiks nur in allerletzter Minute knapp und nicht zugunsten der Bergarbeiter verhindert. Dazu aber trat noch die Feststellung, daß des Unterlegenen im Weltkriege, daß Deutschlands Wirtschaft zwölf Jahre nach Kriegsende Englands Ausfuhr wertmäßig um 700 Millionen Mark überholt hat, die englische Handelsbilanz einen gewaltigen Einfuhrüberschuß, also eine starke Passivität aufweist, während die deutsche mit 1,7 Milliarden aktiv ist.

Der englische Schatzkanzler Snowden kündigte an, daß die durch die Arbeitslosigkeit verursachte staatliche Ausgabensteigerung nicht mehr im selben Ausmaß fortgesetzt werden könne. Und dieses Wort mag ihm nicht minder hart angekommen sein. Denn „Beseitigung der Arbeitslosigkeit" war ja ein Punkt in dem Programm, mit dem Macdonald vor zwei Jahren in den Wahlkampf zog. Nun ist das nicht gelungen, ist die Arbeitslosigkeit in den letzten Monaten gewaltig angeschwollen und mit ihr die staatlichen Zuschüsse, die Ausgaben. Gerade wie bei uns. Und auf der anderen Seite sind durch all die zahlreichen Folgen der Wirtschaftsdepression auch die Einnahmen des Reiches stark „deprimiert". Gerade wie bei uns. Kein Budget der Welt könne eine so unerwartete Belastung aushalten wie die, der der britische Reichshaushalt ausgesetzt war. Gerade so wie beim deutschen Reichshaushalt. Und — wie Snowden erklärte — gerade wie bei uns sind dagegen „unangenehme Maßnahmen" zu treffen. Wir haben das schon gemacht oder stehen mitten drin, unsern Haushalt der „sehr ernsten finanziellen Lage" anzupassen. Und den „bedenklich großen Fehlbetrag", den Snowden als sicher annimmt, haben auch wir ja zur Genüge kennengelernt. Und der Rest ist, frei nach Hamlet, die Steuererhöhung.

England hat sich den Weltkrieg etwas kosten lassen; darum steckt es jetzt tief in Schulden. Das Geschäft hat sich aber nur kümmerlich gelohnt. Viel schlechter geht es auf dem Gebiet der Arbeitslosigkeit dem Widerpart von damals auch nicht: England leidet eher noch mehr unter der Weltkrise, weil seine Ausfuhr nach Übersee dort auf Länder als — frühere — Abnehmer stößt, die infolge der Agrarkrise auch kein Geld haben. Das von Lloyd George selbst in Versailles mitbegründete Polen hat dem englischen Kohlenexport die nordeuropäischen Absatzgebiete zum großen Teil abgenommen. Und heute ist's nicht mehr so wie vor dem Weltkriege, als das englische Pfund der wahre Herrscher rund um den Erdball war. Heute ist es vom Dollar vom Thron gestoßen worden.

Keine weitere Kürzung der Beamtengehälter.

Sparsamkeit in der Finanzverwaltung.

Reichsfinanzminister Dietrich erklärte im Haushaltsausschuß des Reichstages: Alle Wünsche nach Sparsamkeit im Haushalt des Reichsfinanzministeriums liefen auf eine Vereinfachung des Apparates hinaus und er habe diesen Wünschen durchaus Rechnung getragen. Das Personal seines Ministeriums werde Ende dieses Jahres um etwa hundert leitende Personen verringert sein.

Zum Schluß gab der Minister die wichtige Erklärung ab, daß nicht geplant sei, an den Beamtengehältern noch weitere Abstriche zu machen. Derartige Äußerungen von weiteren Kürzungen brächten die Gefahr mit sich, zu Agitationszwecken im Volke benutzt zu werden und erneute Unruhe in die Bevölkerung hineinzutragen. Er habe keineswegs die Absicht, die Beamtengehälter weiter zu kürzen.

Stützung der Wirtschaft

Die Wirtschaftskrise vor dem Reichstag

Der neue Vizepräsident.

Wenn man den neugewählten Vizepräsidenten, den Volksparteiler Herrn von Kardorff, durch die große Wandelhalle des Reichstages gehen sieht, überragt er um Haupteslänge wie Saul das Gewimmel der anderen, und wenn der deutschnationale Vizepräsident Gräf erst auch wieder seines Amtes waltet — vorläufig „scheint er," wie der Präsident Löbe behutsam sagt, „sich an den Arbeiten nicht beteiligen zu wollen" — dann würde sich des Deutschen Reichstags Präsident zwischen diesen beiden hoch gewachsenen Vizepräsidenten gar seltsam ausnehmen. Aber zurzeit tut der Deutschnationale Gräf nicht mit, sowenig wie seine Fraktion; doch ist er nicht dem Beispiel seines Kollegen Stöhr gefolgt, sein Amt niederzulegen, sondern hat sich sozusagen von der Ausübung des Amtes selbst beurlaubt. Der rechte Flügel der jetzigen Regierungskoalition hat die ganze Wahl teils gar nicht, teils höchst ungern mitgemacht. Dem Präsidenten Löbe selbst freilich kann man es kaum verdenken, daß er auf Neuwahlen drängte, da ihm zwei seiner Stellvertreter fehlen. Aber die Wahl zu vollziehen hieß eine Art Schlußstrich unter das Abrücken der Nationalsozialisten zu machen.

Man will auch im Reichstag die Dinge nicht auf die Spitze treiben. Präsident Löbe beschwichtigt ein paar aufbrodelnde Gemüter, die sich nach der weiteren Behandlung der Abgeordneten der Rechtsopposition erkundigten, mit dem Hinweis darauf, daß auch früher schon Mitglieder des Hohen Hauses jahrelang gefehlt hätten, ohne daß es zu einer Art Ausschlußverfahren gekommen wäre.

Bei der Verhandlung des Haushalts des Reichswirtschaftsministeriums begibt es sich wohl zum erstenmal, daß nicht ein Minister, sondern ein Staatssekretär diesen Haushalt vor dem Reichstag vertritt und die Einführungsrede hält. Denn der Ministersessel ist leer. Es kommt zu einer sehr sachlichen, ernsthaften Rede, die ganz unpolitisch, aber darum nicht sehr kurzweilig ist. Aber schließlich ist ja auch die wirtschaftliche Lage Deutschlands alles andere als zur Kurzweil geeignet.

Sitzungsbericht.

(24. Sitzung.) CB. Berlin, 12. Februar.

Vor Eintritt in die Tagesordnung fragt der Abg. Dr. Weber (Dt. Staatspartei), ob die fehlenden Abgeordneten der Rechten Urlaubsgesuche eingereicht hätten. Weiter protestiert der sozialdemokratische Abg. Aufhäuser gegen den nationalsozialistischen Antrag Frick,

die ersparten Diäten der Nationalsozialisten den Erwerbslosen

zuzuführen. Präsident Löbe erwidert auf beides, daß Urlaubsgesuche nicht vorliegen. Das sei aber kein Ausnahmefall, denn im vorigen Reichstag hätten auch andere Abgeordnete monate- und jahrelang gefehlt, wie z. B. der Abg. Ludendorff und Frau Zetkin. Eine Veranlassung, so fügte der Präsident hinzu, irgendwelche Maßnahmen zu ergreifen, liege für das Präsidium nicht vor.

Im übrigen hätten die jetzt abwesenden Abgeordneten der Rechten am 1. Februar ihre Diäten für den Monat Februar erhalten, so daß bis jetzt kein roter Pfennig gespart worden sei. Es folgt

die Wahl eines Vizepräsidenten

an Stelle des bisherigen Vizepräsidenten Stöhr (Nat.-Soz.), der bekanntlich sein Amt niedergelegt hat. Abg. Leicht von der Bayer. Vp. schlägt verabredetermaßen den Abg. Kardorff vor. Es entspinnt sich über die politische Zweckmäßigkeit der Wahl eine längere Debatte, wobei die Christlichsozialen und das Landvolk erklären, sich an der Wahl zu beteiligen. Auch der Abg. Dingeldey betont, daß seine Fraktion sich erst dem Wunsche des Ältestenrates gefügt habe, eine Neuwahl des Vizepräsidenten erfolgen zu lassen. Präsident Löbe weist darauf hin, daß eine Neuwahl unbedingt erforderlich sei. Diese Notwendigkeit sei übrigens durch einstimmige Beschlußfassung im Ältestenrat festgelegt worden. Von kommunistischer Seite wird als Gegenkandidat der Abg. Pieck vorgeschlagen.

Darauf erfolgt die Wahl, und sie ergibt 258 Stimmen auf den Abg. von Kardorff, 56 auf den Abg. Pieck, 1 auf den Abg. Eisenberger (Dt. Bauernpt.). 32 Stimmzettel sind unbeschrieben und 4 lauten auf Enthaltung. Der Abg. Kardorff nimmt die Wahl an.

Um die Beseitigung der Reparationslasten.

Es werden dann einige Abstimmungen zum Haushalt des Auswärtigen Amtes nachgeholt. Ein kommunistischer Antrag auf sofortige Einstellung des Young-Planes wird mit 314 gegen 58 Stimmen bei einer Enthaltung abgelehnt. Ebenso verfällt ein Antrag des Landvolks, die im Young-Plan vorgesehenen Schutz- und Revisionsmöglichkeiten sofort zu ergreifen und die völlige Beseitigung der endgültig als untragbar erwiesenen Reparationslasten in Angriff zu nehmen, mit 247 gegen 121 Stimmen der Ablehnung.

Dem Vorschlag des Auswärtigen Ausschusses entsprechend, wird ein Antrag der Wirtschaftspartei angenommen, der eine Denkschrift der Reichsregierung über die bisher an den früheren Feindbund durchgeführten Leistungen fordert.

Über die Anträge der Nationalsozialisten und der Deutschnationalen zur Außenpolitik geht das Haus gegen die Stimmen der Kommunisten und des Landvolks zur Tagesordnung über. Lediglich ein Antrag Dr. Frick wird zur Abstimmung gebracht und abgelehnt, da zu ihm die Kommunisten einen Änderungsantrag eingebracht hatten, nach dem Deutschland angesichts des völligen Versagens des Völkerbundes seinen Austritt aus diesem vorbereiten sollte.

Ebenso wird der kommunistische Änderungsantrag abgelehnt, den Austritt sofort zu vollziehen.

Dann wird eine Entschließung angenommen, die Maßnahmen fordert zur Beseitigung des einseitigen den historischen Tatsachen widersprechenden

Kriegsschuldurteils von Versailles

durch Berufung eines internationalen Ausschusses von unparteiischen Sachverständigen.

Nach einer weiteren Entschließung wird in der Abrüstungsfrage für alle Staaten ein Zustand gleicher Sicherheit gefordert. Einstimmige Annahme fand dann schließlich noch die Entschließung, durch ein Zusatzabkommen mit Panama die Möglichkeit zu schaffen, daß Schiffe wie die unter fremde Flagge gebrachte „Vogtland" von der Meistbegünstigung ausgeschlossen werden. Des weiteren findet eine namentliche Abstimmung statt über einen Antrag der Christlichsozialen und Konservativen, wonach die Regierung baldmöglichst mit den beteiligten Mächten in

die Erörterung der Tributlasten

eintreten und dazu alle zum Erfolg nötigen innenpolitischen Maßnahmen treffen soll. Hierzu gibt Dr. Breitscheid die Zustimmung seiner Fraktion unter der Voraussetzung bekannt, daß die Regierung den ihr geeignet erscheinenden Zeitpunkt dazu auswähle. Der Antrag wird mit 314 gegen 46 Stimmen der Kommunisten angenommen.

Endlich wird das Ministergehalt gegen die Stimmen der Kommunisten bewilligt.

Bei den Wahlen zu den Schriftführerämtern,

die zwischendurch vorgenommen worden sind, wird das Resultat bekanntgegeben. An Stelle der ausgeschiedenen Nationalsozialisten wurden die Abg. Neyses (Ztr.) mit 262 und Schneider-Berlin (Staatsp.) mit 260 Stimmen gewählt.

Es folgt die zweite Lesung des Reichshaushaltsplanes und dann der Haushalt des Reichswirtschaftsministeriums und des Reichswirtschaftsrates. Es erregt große Heiterkeit, als der Präsident den Berichterstatter Abg. Reinhardt (Nat.-Soz.) aufruft und feststellt, daß er infolge Abwesenheit aufs Wort verzichtet.

Staatssekretär Trendelenburg spricht.

Er betont, daß das Ministerium dem notleidenden westdeutschen Erzbergbau stets sein besonderes Interesse zugewandt hat. Allerdings müsse das von vorn herein nicht als Dauermaßnahme gedachte Unterstützungswerk im Rechnungsjahre 1931 wegen der ungünstigen Finanzlage aufgehoben werden. Hoffentlich läßt es sich doch ermöglichen, diese Unterstützung auch weiter zu gewähren. Man werde dabei mit einem geringeren Betrage als im Jahre 1930 auskommen müssen, und es sei beabsichtigt, einen Antrag des Ausschusses dem Reichstage in der Höhe von 430 000 Mark vorzulegen.

Auf das Subventionswesen

kommend, erklärt der Redner, folgende Grundsätze seien bestimmend. Es ist verständlich, daß in der heutigen allgemeinen wirtschaftlichen Notlage die Gesuche um staatliche Unterstützung sich mehren und daß insbesondere jedes erfolgreiche Subventionsgesuch Anträge dieser Art nach sich zieht. Man war sich bei den Verhandlungen des Haushaltsausschusses im Jahre 1927 völlig klar darüber, daß Subventionen nur dort verantwortet werden können, wo

besondere außerwirtschaftliche Gründe

sie erfordern. Man darf über dem natürlichen Mitgefühl mit denjenigen, die von den Auswirkungen der Wirtschaftskrise betroffen werden, doch niemals vergessen, daß die Unterstützung eines Betriebes oder Wirtschaftszweiges

durch künstliche Mittel

allzu leicht nur zur Folge habe, die an dieser Stelle entstandenen Schwierigkeiten auf andere Betriebe oder Wirtschaftszweige zu verlegen. Dieser Zusammenhang wird insbesondere leicht von lokalen Stellen übersehen, die über besondere örtliche Schwierigkeiten durch Subventionen einzelner Betriebe hinwegzukommen suchen.

Redner kommt auf die

Verteilung der öffentlichen Aufträge

zu sprechen. Schließlich geht der Redner noch auf die Bemühungen der Reichsregierung zur Bekämpfung der sogenannten Schwarzarbeit und des Wettbewerbs der Regiebetriebe der öffentlichen Hand ein. Es folgt die Aussprache.

Abg. Tarnow (Soz.) meint, für die Krise könne man die Regierung nicht verantwortlich machen, wenn es auch fraglich sei, ob sie alle Möglichkeiten zu ihrer Beeinflussung ausgenützt habe. Mit der Preissenkungsaktion habe die Regierung der Wirtschaft einen Bärendienst geleistet. Die sozialen Lasten erdrosseln die Wirtschaft nicht, denn die Sozialversicherung habe allein Investitionen in Höhe von 26,8 Milliarden Mark durchgeführt.

Abg. Dr. Dessauer (Ztr.) darauf hin, daß die Arbeitslosen in Deutschland mit Einschluß ihrer Familienangehörigen nahezu ein Drittel der deutschen Bevölkerung ausmachen. Den Hauptstoß müsse der gewerbliche Mittelstand erleiden. Ganz falsch ist die von manchen Landbundführern verbreitete Meinung, daß die deutsche Industrie mit ihrer Arbeiterschaft gewissermaßen auf Kosten der Landwirtschaft lebe. Im Gegenteil sei die Toleranz der deutschen Industrie und insbesondere der deutschen Industriearbeiterschaft gegenüber den landwirtschaftlichen Wünschen fast beispiellos. Für die Landwirtschaft werden auf Kosten der Konsumenten jährlich vier bis fünf Milliarden an Subventionen gegeben, für die Industrie nur ein winziger Bruchteil. Die landwirtschaftliche Bevölkerung wird von gewissen Seiten zu Unrecht gegen den Staat aufgehetzt, obgleich seit hundert Jahren keine deutsche Regierung wie diese und ihre Vorgängerin so viel für sie getan haben. Redner fordert schließlich die Steigerung der Ausfuhr, daran hänge auch das Schicksal der Landwirtschaft. Auch bei der Preissenkung müsse man energisch zugreifen.

Die Beratung wird abgebrochen und morgen fortgesetzt.

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF